

Wiesbadener Zeitung

Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau“

Erste Ausgabe täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abnehmer monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.50 M., halbjährlich 6.50 M., jährlich 12.00 M. Durch Träger u. a. außer. Vertriebsstellen frei ins Haus monatlich 1.75 M., vierteljährlich 5.25 M., halbjährlich 9.50 M., jährlich 18.00 M. Durch die Post bezogen monatlich 1.65 M., vierteljährlich 4.95 M., halbjährlich 9.00 M., jährlich 17.50 M. Einzelnummer 10 Pf.

Amüliches Organ der Polizei-Direktion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolaistr. 11. Fernruf Nr. 3315, 3316, 3317. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Nassau 30 Pf., Rheinlande 1.25 M.; außerhalb 35 Pf., Rheinlande 1.75 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M., pro 1000.

Nummer 358

Dienstag, 5. August 1919.

73. Jahrgang

Letzte Nachrichten

Druckausgaben der „Wiesbadener Zeitung“.

Die Ratifizierung in Frankreich.

Paris, 5. Aug. Der Generalberichterstatter des Friedensauschusses der französischen Kammer, Barthou, sowie dessen Vizepräsident, hatten nachmittags eine Unterredung mit Clemenceau vermutlich wegen der Frage, ob das Plenum der Kammer den Friedensvertrag kommende Woche oder erst nach dem 26. August durchberaten wird. Am ersten Falle werde die Ratifikation des Friedensvertrages durch Frankreich Ende August, im letzteren Falle aber nicht vor dem 15. September zu erwarten sein.

Der Papst an den Erzbischof von Reims.

Paris, 4. Aug. Der „Figaro“ meldet, daß Kardinal Gasparri im Namen des Papstes einen Brief an den Kardinal-Erzbischof von Reims gerichtet hat.

Aus Budapest.

Budapest, 5. Aug. (Münch. Corr.-Bureau.) Das bisherige kommunistische Organ „Proletarische Arbeiterpartei“ unter dem Titel „Proletarische Arbeiterpartei“ wird die Regierung ersprechend dem Prinzip der Demokratie Schritte setzen, um sich aus Vertretern der außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Parteien des Landes zu ergänzen, damit auf diese Weise sämtliche Schichten des Volkes an der Regierung teilnehmen, bis die ganze Bevölkerung bei allgemeinen Wahlen ihre politische Ueberzeugung kundgeben könne. Der Vorschlag der rumänischen Truppen in Budapest ist in der Bevölkerung der rumänischen Bevölkerung eine kritische Lage, da infolge der rumänischen Besetzung der zwischen Donau und Theiß liegenden Landestheile die Hauptstadt so gut wie abgeschnitten war. Die ungarische Regierung ermahnte die rumänische Heeresleitung im Interesse der Versorgung der Hauptstadt, den Nahrungsmitteltransporten keine Schwierigkeiten zu machen.

Staatskommissare für das besetzte Gebiet.

Worms, 4. Aug. Der „Wormser Zeitung“ zufolge beabsichtigen für das besetzte linksrheinische Gebiet und den Brückenkopf Biele, die in Betracht kommenden Einzelstaaten, also Bayern, Hessen und Baden je einen eigenen Staatskommissar für das besetzte Rheinland im Einverständnis mit der Reichsregierung zu entsenden. Sowie das Blatt hört, ist für dessen Kreisdirektor Kranzbühler in Erbach bestimmt.

Der Kohlenmangel.

Frankfurt a. M., 5. Aug. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge beabsichtigen für das besetzte linksrheinische Gebiet und den Brückenkopf Biele, die in Betracht kommenden Einzelstaaten, also Bayern, Hessen und Baden je einen eigenen Staatskommissar für das besetzte Rheinland im Einverständnis mit der Reichsregierung zu entsenden. Sowie das Blatt hört, ist für dessen Kreisdirektor Kranzbühler in Erbach bestimmt.

Gescheiterte Streiks.

Berlin, 5. Aug. Eine Delegiertenversammlung der Arbeiterunion Zürich hat mit 193 gegen 38 Stimmen beschlossen, den Generalstreik abzubrechen. Die Arbeit soll heute vormittag wieder aufgenommen werden. Die Bäume verkehren wieder. Wie die Blätter melden, ist der Streik der Eisenbahner vollständig gescheitert.

Bombenattentat in Kalifornien.

Los Angeles, 5. Aug. (Havas.) Eine Bombe zerstörte die Wohnung des Generalstaatsanwaltes Lawler. Seine Frau wurde schwer verletzt. Das Attentat wird Anarchisten zugeschrieben, mit denen der Generalstaatsanwalt im vergangenen Jahre gerichtlich zu tun hatte.

Verhaftung von Goldschleibern.

Frankfurt a. M., 5. Aug. Nach längeren Bemühungen ist es der Polizei gelungen, eine 10köpfige Goldschleibergesellschaft aus Hanau aufzulösen zu machen. Die Schleiber durchwegs junge Burschen, wählten große Mengen Goldmünzen, die ihnen von Hintermännern zur Verfügung gestellt waren, mit einem heimlichen Gewinn in Frankfurt zu verkaufen. Sie wurden von Kriminalbeamten, die als Goldkäufer auftraten, überlistet, als eine Rate von 600 Goldmünzen in Hanau von ihnen den Käufern angekauft werden sollte. Die Goldmünzen wurden beschlagnahmt und der Reichsbank zugesandt. An den Schleibern ist auch ein Hanauer Bankier beteiligt.

Der Umschwung in Ungarn.

* Was nach den ersten Meldungen noch nicht ganz klar war, scheint jetzt festzustehen. Der Rücktritt Bela Kun und der ungarischen Räteregierung bedeutet gleichzeitig einen völligen politischen Umschwung in Ungarn. Die Räteregierung, die mit Eisen und Blut sich vier Monate am Ruder erhalten hat, mühte kapitulieren vor dem Zwange der Tatsachen. Und Tatsachen sind, daß das gewalttätige Sowjetregime in Ungarn keine Gegenteile, sondern daß es das Volk nicht ernähren konnte, als die Entente den Umdenken um Ungarn enger und feiner schloß, daß es trotz einzelner kleiner militärischer Erfolge den rumänischen Vormarsch nicht von der Hauptstadt zurückhalten konnte und daß die Hilfe trotz löblicher Versprechungen ausblieb. Die Niederlage der ungarischen Sowjets ist darum auch ein Menetekel für das Sowjetregime in Russland. Und die verunglückten Versuche, in Bulgarien die Sowjet Herrschaft aufzurichten, werden an dem Zusammenbruch des proletarischen Diktatoriums selbst dann nichts ändern, wenn sie einen augenblicklichen Erfolg haben sollten.

Freilich ist dieser Zusammenbruch nicht von heute auf morgen zu erwarten. Die Anzeichen sprechen dafür, daß auch dem bolschewistischen Gedanken der „Zusammenbruch“ eigen ist. Es kann daher sehr wohl möglich sein, daß selbst in der Sowjetrepublik Russland längere Zeit wieder normale Zustände eingeleitet sein werden, wenn im Westen die Stunde noch ferne ist. Aber wie alle Stunden wird auch diese eines Tages eintreten. Und überall wird sie mit kleineren oder größeren Abweichungen verlaufen wie der ungarische Vorgang sie schildert. Hier trat, als Mitte März die Entente die Demarkationslinie um hundert Kilometer in der Richtung auf Budapest vorrückte, das damalige Ministerium Michael Karolyi am 21. März zurück und überließ es den sozialistischen Radikalen, sich wie der durch gegebenen Lage abzufinden. Unter dem Vorwand von Alexander Gorbatsch bildete sich eine sozialistische Regierung, die bald in finanzielle und politische Abhängigkeit von Russland kam. Die vollständige Auflösung aller staatlichen und sozialen Ordnung aus der bolschewistischen Agitation ein breiter Sturzfeld und dem aus der russischen Weltanschauung heimkehrenden Bela Kun Gelegenheit, die Regel an sich zu reißen. In Budapest wurde ein Volkskommissariat gebildet nach dem Muster der russischen Sowjetregierung und der Krieg gegen die Entente proklamiert. Aber die erhoffte Hilfe von Russland blieb aus und die Budapest Räteregierung blieb mit ihrer bunt zusammengebastelten „Roten Armee“ gegen die Entente und ihre Verbündeten in der Defensive. Wenn sich diese Räteregierung überhaupt vier Monate lang halten konnte, so kam das daher, daß die Entente selbst nur eine sehr geringe Truppenmacht gegen sie aufbot und es der Zeit überließ, wann das Budapest Räteregime an seiner eigenen inneren Unabständigkeit scheitern würde.

Die politischen Abenteuer, die jetzt in Budapest von der Bühne abtreten, hinterlassen ein rauchendes Trümmerfeld. Durch rücksichtslosen Terror und Stürme von Blut hielten sie ihre Herrschaft im Innern aufrecht. Das ungarische Volk wird lange Zeit an den Folgen zu tragen haben, die ihm diese vier Monate wirtschaftlich, moralisch und politisch eingebracht haben. Anhang und Wirtschaftslieben des Landes sind vollständig ruiniert und in Budapest nagt das ausgemergelte Volk seit langem am Sinaierkruze. Aber diese negativen Eigenschaften des proletarischen Diktatoriums sind es ja gerade, die das Gegenmittel gegen die Bolschewismen bilden. Es schloß Bühen, und in diesen muß es umkommen. Das ist allerdings furchtbar und wenig tröstlich für die Zeitgenossen. Indessen ist für uns, die Menschen der Gegenwart, ja überhaupt nicht viel zu hoffen. Wir müssen uns schon mit der Gewissheit, daß auf dem Scheitern der Gegenwart für unsere Nachkommen ein neues Gebäude errichtet werden kann und werden wird, trösten und entsagen und trennend ansetzen, um die Verdrängungen wieder anzumachen. Der Umschwung in Ungarn wirkt verhängnisvoll politische Fragen auf, deren unmittelbare Antwort nicht die Möglichkeit des Zusammenstoßes der neuen selbständigen Donaustaaten ist. Es ist zu vermuten, daß demnächst aus Wien und Budapest Stimmen zu dieser Angelegenheit zu hören sein werden.

Münch. 4. Aug.

Ant. „Sonn- und Montagzeitung“ empfing Oberst Cunningham von der ungarischen Vertreter Böhm und Postner. Die Unterredung bezog sich auf die zukünftige Regierungsform in Ungarn, insbesondere auf die Verhältnisse der zukünftigen ungarischen Regierung für die Erfüllung der Bedingungen der Entente. Nach privaten Budapest Meldungen der Monatsblätter beschloß der Ministerrat sofort Verhandlungen zur Bildung einer Koalitionsregierung durch die Aufnahme von Vertretern der bürgerlichen Klasse und der Bauernschaft einzuleiten.

Aus Budapest, 4. Aug., wird weiter über den Umschwung und die Rückkehr zu geordneten Verhältnissen gemeldet:

Die Regierung soll dem Vernehmen nach alsbald einen Koalitionskabinet bilden, in welchem neben den Sozialdemokraten die bürgerlichen Schichten und die kleinen Landwirte vertreten sein sollen. Es ist dann eine unvermeidliche Einberufung der Nationalversammlung geplant. Die erste Sorge der Regierung wird neben den Verhandlungen mit dem Verbanne die Lösung der Geldkrise sein, die dadurch entstanden ist, daß die Räteregierung Banknoten im Werte von sieben Milliarden herausgab. Nun fragt es sich, wie diese aus dem Verkehr

gezogen werden könnten. Es wird notwendig sein, bei der Österreichisch-Ungarischen Bank einen neuerlichen Kredit zu beantragen. Diese dürfte der ungarischen Regierung eine entsprechende Zahl von Noten zur Verfügung stellen, und es dürfte wahrscheinlich zu einer Herabsetzung des Nennwertes der sogenannten Reichen Noten kommen, wodurch man hofft, daß im Geldverkehr keine Unterbrechung eintreten wird. Die Regierung hat bereits die während der proletarischen Diktatur abgesetzten Leiter der Banken und größten industriellen Unternehmungen aufgefordert, die Führung ihrer Unternehmungen wieder zu übernehmen.

Budapest, 5. Aug. (Münch. Corr.-Bureau.) Die Regierung beschloß, das durch die Regierung Karolyi herausgegebene Wahlrechtsgesetz nahezu unverändert aufrechtzuerhalten und die Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung unverzüglich auszusprechen.

Die russische Sowjetregierung vor dem Sturz?

Die Bukarester Agentur Dacia meldet: Nachrichten aus Moskau besagen, daß auch Lenin und Trotski das Herannahen ihres Endes fühlen und bereits Vorbereitungen für ihre Flucht aus Russland getroffen haben.

In den Meldungen aus Russland schreibt die „Dtsch. Allg. Sta.“: Bei aller notwendigen Skepsis mit der Nachrichten über einen bevorstehenden Umschwung in Russland aufgenommen werden müssen, möchten wir einen solchen doch noch vor Winter für wahrscheinlich halten. Der politische und wirtschaftliche Bolschewismus hat in der Praxis in Russland längst ausgespielt. In der inneren Unhaltbarkeit kommt hinzu, daß es mit Friedensschluß wieder einen Weltwillen geben wird und dieser Weltwillen lehnt den Bolschewismus ab, dem damit seine Stunde schlagen wird. (Vergl. den Aufsatz „Der Umschwung in Ungarn“.)

Abmachungen über die Besetzung.

Paris, 5. Aug. Der „Tag“ veröffentlicht den Text einer am 16. Juni zwischen Wilson, Clemenceau und Lloyd George getroffenen Abmachung, die wörtlich wie folgt lautet: Die alliierten und assoziierten Mächte haben noch nicht darauf bestanden, zu erklären, daß die Besetzungsperiode bis zur vollständigen Erfüllung der Wiederanmachungs-Klauseln dauere, weil sie glaubten, daß Deutschland verpflichtet werde, die Mächte, alle Beweise seines guten Willens und alle nötigen Garantien vor der Beendigung der Periode von fünfzehn Jahren zu geben. Da die durch die Besetzung notwendigen Ausgaben eine entsprechende Verminderung der für die Wiederanmachung zur Verfügung stehenden Summe nach sich ziehen müßte, haben die alliierten und assoziierten Regierungen durch den Artikel 13 des Friedensvertrages festgelegt, daß, wenn bis zur Beendigung der fünfjährigen Besetzungsperiode der Verpflichtungen nachgekommen ist, die ihm im Friedensvertrag anvertrauten Besatzungsgruppen sofort zurückgezogen werden würden. Wenn Deutschland zu einem früheren Termin den Beweis seines guten Willens und die erforderliche Garantie gegeben hat, um die Durchführung dieser Verpflichtungen sicherzustellen, werden die daran interessierten alliierten und assoziierten Mächte bereit sein, unter sich ein Abkommen zu treffen, um der Besetzungsperiode früher ein Ende zu machen. Für jetzt und in Zukunft sind die Mächte bereit, anzuerkennen, um die Kosten zur Wiederanmachung zu vermindern, daß, sobald sie davon überzeugt werden, die Summe, die Deutschland für die Unterhaltung der Besatzungsarmee auszugeben hat, die Summe von 10 Millionen Goldmark nicht übersteigen wird. Dieses Abkommen kann modifiziert werden, sobald die alliierten und assoziierten Regierungen der Ansicht sind, daß eine derartige Abänderung notwendig ist.

Verkehrserleichterungen erst nach einigen Wochen.

Münch. 5. Aug. Das Zivilkommissariat Frankfurt a. M. teilt mit: Auf Grund der Veröffentlichung der Ententeantwort auf das deutsche Ultimatum vom 11. Juli über Verkehrserleichterungen mit dem besetzten Gebiet kommen täglich zahlreiche Anfragen an das Zivilkommissariat, deren Urheber der irrigen Meinung sind, daß die in dieser Veröffentlichung erwähnten Verkehrserleichterungen schon in Kraft treten werden. Demgegenüber sei nochmals ausdrücklich erklärt, daß die Verkehrserleichterungen erst nach Eintritt des endgültigen Friedensabkommens d. h. frühestens nach Ablauf mehrerer Wochen Geltung haben und dann sofort der Öffentlichkeit mitgeteilt werden. Bis dahin haben die jetzigen Bestimmungen noch volle Gültigkeit.

Chinesisch-japanischer Krieg?

Amsterdam, 4. Aug. Preßbüro Radio. Die „New-York Sun“ meldet, es würden zwar alle Kabelmeldungen aus Peking angehalten, aber aus den diplomatischen Berichten aus dem fernen Osten gehe hervor, daß es auf der Schantung-Halbinsel bereits zu Kämpfen zwischen Chinesischen und japanischen Truppen gekommen sei. General Ku, der Befehlshaber der chinesischen Regierungstruppen auf der Schantung-Halbinsel, habe die Regierung ersucht, ihm zu gestatten, dem General Ku der Japaner Widerstand zu leisten. Die feindliche Stimme gegen Japan sei im Zunehmen.

